

Ärzte freuen sich über Verhandlungsergebnis, Regierungschef will Schikanen ersparen

OKP-Chaos Gestern Abend versandten sowohl das Ministerium von Adrian Hasler als auch die Ärztekammer je eine Medienmitteilung. Darin werden die Unterschiede zwischen den beiden Streitparteien offensichtlich. Wie es weitergeht, ist derweil immer noch ungeklärt.

Medienmitteilung des Ministeriums für Präsidiales und Finanzen

Gespräche mit der Ärztekammer beendet. Regierungschef Adrian Hasler, Regierungsrat Mauro Pedrazzini und der Vorstand der Ärztekammer haben sich am Dienstag, 10. Januar, zu einer Aussprache getroffen mit dem Ziel, den schwelenden Konflikt zu lösen. Der Regierungschef hat im Vorfeld angeboten, die beiden von der Ärztekammer kritisierten Artikel in der Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz (KVV) zu streichen, sofern die Ärzte unverzüglich nach Tarmed abrechnen. Ziel der Regierung ist es, ohne weitere Verzögerung den Patientinnen und Patienten unnötige Schikanen und Unsicherheiten zu ersparen.

In der Aussprache vom 10. Januar wurden die verschiedenen Anliegen nochmals eingehend besprochen. Die Aussprache hat ergeben, dass eine Streichung der beiden Verord-

nungsartikel, welche die Bedarfsplanung betreffen, nicht erforderlich ist. Eine Aufnahme von Negativkriterien, wie von der Ärztekammer öffentlich gefordert, wurde von der Regierung klar abgelehnt. Stattdessen soll über punktuelle Ergänzungen die Absicht des Gesetzgebers deutlicher zur Geltung kommen. Dieses Angebot war allerdings verbunden mit der Forderung, dass der Vorstand der Ärztekammer den Ärzten empfiehlt, unverzüglich auf die Abrechnung nach Tarmed umzustellen.

Der Geschäftsführer der Ärztekammer hat am Donnerstagsmorgen dem Regierungschef telefonisch mitgeteilt, dass der Vorstand der Ärztekammer die Anpassung der Verordnung begrüsst. Der Vorstand der Ärztekammer ist aber dennoch nicht bereit, den Ärzten zu empfehlen, unverzüglich auf die Abrechnung mit Tarmed umzu-



Regierungschef Adrian Hasler beendet die Gespräche.

stellen. Damit bleibt nach dem Willen der Ärztekammer die Phase der Unsicherheit für die Patienten weiter aufrecht und es entsteht weiterhin ein unnötiger Mehraufwand für die Krankenkassen. Der Vorstand der Ärztekammer will erst den Entscheid der Plenarversammlung sowie die Abänderung der Verordnung durch die Regierung abwarten. Dies würde be-

deuten, dass die Ärzte weiterhin nach dem FL-Tarif abrechnen und die Rechnung den Patienten aushändigen. Dieses Vorgehen können die Regierungsvertreter nicht akzeptieren.

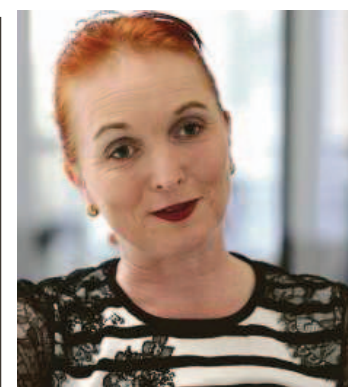
Die Regierung nimmt zur Kenntnis, dass damit auch dieses Angebot der Regierung von der Ärztekammer nicht angenommen wird. Sie bedauert, dass offenbar keine Einigung mit dem Vorstand der Ärztekammer möglich ist und dass er nicht bereit ist, den vom Landtag und Volk gutgeheissenen Tarmed unverzüglich anzuwenden.

Die Regierung wird nun die nächsten Schritte einleiten, um die flächendeckende Abrechnung mit Tarmed durchzusetzen.

Medienmitteilung der Ärztekammer

Ärztekammer freut sich über positives Verhandlungsergebnis. Aus Sicht des Regierungschefs Adrian Hasler sind die Verhandlungen zur Lösung des OKP-Konflikts auf der Zielgeraden geplatzt. Ein Verordnungsentwurf zur Anpassung der Krankenversicherungsverordnung (KVV) liegt bereits vor und ist sowohl von den beiden Regierungsmitgliedern Hasler und Pedrazzini sowie vom Kammervorstand bestätigt worden. Der Kammervorstand hat dazu bereits ein Stimmungsbild der Mitglieder eingeholt, welches grossmehrheitlich positiv ausgefallen ist. Eine Lösung des Konflikts ist in greifbarer Nähe.

Der Regierungschef hat die Verhandlungen eigenmächtig beendet, da er darauf bestanden hat, dass der Kammervorstand die sofortige Anwendung von Tarmed Schweiz empfiehlt. Der Kammervorstand wird der Plenarversammlung am 18. Ja-



Ruth Kranz-Candrian sieht eine Lösung in greifbarer Nähe.

nuar den ausgehandelten Verordnungstext zur Beschlussfassung vorlegen. Im Falle einer positiven Abstimmung, welche vom Kammervorstand aufgrund der internen Rückmeldungen als höchstwahrscheinlich angesehen wird, wird der Vorstand der Plenarversammlung die Anwendung von Tarmed Schweiz ab 1. Februar 2017 zur Beschlussfassung vorlegen.

Kommentar

Und plötzlich zählen ein paar Tage!

Die Ärzte sind keine Heiligen. Doch was Regierungschef Adrian Hasler gestern geboten hat, ist scheinheilig. Denn offensichtlich war sein Dreikönigs-Angebot, die umstrittenen Verordnungsartikel zu streichen, nicht nur nicht mit dem FBP-Präsidium abgesprochen, sondern auch nicht ernst gemeint. Oder war es einfach wieder eine Kurzschlussreaktion des Regierungschefs? Anders ist es nicht zu erklären, dass er wegen sechs Tagen Wartezeit die Verhandlungen mit der Ärztekammer für gescheitert erklärt.

Dass der Vorstand der Ärztekammer über diese Erklärung,

welche der Regierungschef erneut über Radio L verkündete, in einer ersten Reaktion perplex und verwirrt reagierte, ist verständlich. Denn man hat in zwei Verhandlungsrunden endlich eine Einigung erzielt. Da der Vorstand der Ärztekammer gemäss den Statuten – wie jeder Vorstand eines Vereins – formelle Vorgaben zu erfüllen hat, erfolgte die Zustimmung zum Ergebnis und der sofortigen Anwendung des Tarmed vorbehaltlich der Zustimmung der Plenarversammlung. Und diese wurde auf den 18. Januar, also in sechs Tagen, anberaumt.

Auch der Regierungschef hätte

die abgeänderte Verordnung frühestens am kommenden Dienstag in der Regierungssitzung zum Beschluss vorlegen können. Die Aussage in der Pressemitteilung des Regierungschefs, dass dies bedeuten würde, dass die Ärzte weiterhin nach dem FL-Tarif abrechnen könnten, läuft deshalb ins Leere. Die Differenz würde nämlich genau einen Tag betragen.

Sein Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini hatte über ein Jahr Zeit, eine Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz zu erstellen. Der erste Entwurf legte er im August 2016 vor. Sowohl der Krankenkassen-

verband als auch die Ärztekammer brachten bei mehreren Punkten ihre Bedenken an. Mit dem zweiten Entwurf liess man sich dann bis Ende November Zeit. Die Pokerrunde ging nicht auf.

Am 13. Dezember, also vor genau einem Monat, kam es dann zur geschlossenen Erklärung der Ärzte in Liechtenstein, ab dem 1. Januar 2017 nicht mehr als OKP-Ärzte tätig zu sein. Damit haben die Ärzte eine Gesetzeslücke (KVG Art. 18 Abs. 4) genutzt, um damit ihrem Protest gegen die Verordnung Ausdruck zu verleihen. Auch den Tarif konnten sie aufgrund des

Fehlers im Gesetz und der Verordnung frei bestimmen.

Und erst als der Hut brannte, kümmerte sich erstmals Regierungschef Adrian Hasler um die Baustelle im Gesundheitsministerium. Wenn auch nicht ganz freiwillig: An der Podiumsdiskussion des Liechtensteiner Presseclubs am 13. Dezember erklärte er die Angelegenheit zur Chefsache, aber erst nach mehrmaliger Aufforderung von Ecki Hermann, dem Regierungschef-Kandidaten der Freien Liste

In den letzten vier Wochen zeigte er aber trotz der Dring-

lichkeit wenig Elan. So hätten die Verhandlungen in dieser Woche auch vor Weihnachten geführt werden können. Es jetzt kurz vor dem Abschluss des ganzen Schlamassels an einem Tag scheitern zu lassen, ist ein Witz. Oder ist es politisches Kalkül auf dem Buckel der Patienten?



Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li